



OSCE HUMAN DIMENSION IMPLEMENTATION MEETING
Warschau, 28. September - 9. Oktober 2009

Herr Vorsitzender **Schlusserklärung der Schweiz**

Das Jahrestreffen 2008 in Warschau hat uns einmal mehr erlaubt, im Kreis der Teilnehmerstaaten sowie unter Mitwirkung einer Vielzahl von Nichtregierungsorganisationen eine Bestandesaufnahme darüber vorzunehmen, wie die gemeinsam beschlossenen Verpflichtungen der Menschlichen Dimension innerhalb des OSZE-Raumes umgesetzt und wie die dafür zur Verfügung stehenden Institutionen und Instrumente genutzt wurden. Unsere Delegation möchte abschliessend aus Schweizer Sicht drei Punkte hervorheben.

(1) Der Schutz von Minderheiten - nicht nur ethnischer und religiöser Gruppen - ist ein traditioneller Grundwert im Staatswesen der Schweiz, der auch im internationalen Rahmen der OSZE immer wieder Aktualität gewinnt. Wir wissen, dass alle Konflikte in Europa seit dem Ende des Kalten Krieges zumindest teilweise auf ethnischen Spannungen beruhen. Weil solche Spannungsherde, ob latent oder offen, stets die Sicherheit eines Landes oder gar einer Region bedrohen, bemüht sich um nationale Minderheiten innerhalb der OSZE seit 1992 unser Hochkommissar in Den Haag. Sein Amt dient sowohl der Sicherheit von Einzelmenschen und Gruppen als auch der Verhütung oder möglichen Beilegung von Konflikten zwischen oder innerhalb von Teilnehmerstaaten. Unter den jüngsten Aktionen und Dokumenten des HCNM ragen seine Empfehlungen über nationale Minderheiten in zwischenstaatlichen Beziehungen heraus, die vor einem Jahr in Bozen/Bolzano veröffentlicht wurden. Wir betrachten diese „Recommendations“ von 2008 als besonders wertvoll und glauben, dass sie auch „westlich von Wien“ Unterstützung und Befolgung verdienen.

(2) Botschafter Akhmetov, der neue Toleranz-Beauftragte des Vorsitzes für die Muslime, macht in seiner Präsentation vom 5. Oktober bei der Intoleranz und Diskriminierung in OSZE-Staaten den Unterschied zwischen politisch-ideologischen, nicht religiösen Motiven einerseits und rassistischen Hassreden oder gar -verbrechen andererseits. Als extremes Beispiel für den ersten Fall nennt er diskriminierende Hindernisse durch Behörden oder Versuche, den Bau von Minaretten durch neue Gesetze zu verbieten. Mit diesem Hinweis ist auch die Schweiz angesprochen, und unsere Delegation hat bereits in der Session 10 eingehend Stellung bezogen. Hier sei nur der letzte Stand der Dinge kurz wiederholt:

1. Die Volksabstimmung vom 29. November 2009 hat die Initiative einer Gruppe von Bürgern zum Gegenstand, die künftig den Bau von Minaretten - nicht von Moscheen - in der Schweiz verbieten will – doch sicher nicht die freie Religionsausübung durch die etwa 350 000 Muslime in unserem Land.
2. Die Regierung wie auch die überwältigende Mehrheit beider Parlamentskammern haben diese Volksinitiative bereits abgelehnt, da sie der durch die Bundesverfassung wie das Völkerrecht garantierten Religions- und Glaubensfreiheit widerspricht; sie haben zudem die Stimmbürger aufgerufen, diese negative Empfehlung an der Urne zu befolgen.
3. Im politischen System der Schweizer Referendumsdemokratie hat nun das Volk aller Kantone das letzte Wort, das seine Grundrechte und Freiheiten stets hoch hält. Nachdem fast alle Parteien und alle namhaften Organisationen der Zivilgesellschaft die Minarett-Initiative ebenso ablehnen, besteht kaum ein Zweifel, dass die als pragmatisch und nüchtern bekannten Schweizerinnen und Schweizer ihrerseits ein klares Nein sprechen werden.

Herr Vorsitzender

(3) Die letzte Session 17 des HDIM war den demokratischen Institutionen gewidmet, die zusammen mit den Menschenrechten zu den wichtigsten Aufgaben und daher auch zum Namen der Warschauer Institution gehören. Aus der Einleitung von Direktor Lenarčič wie aus den Voten verschiedener NGOs geht hervor, dass nicht nur die Wahlbeobachtung selbst bei mancher Regierung auf Vorbehalte stösst; auch die anschliessenden Empfehlungen des ODIHR werden vielfach nur zögerlich und lückenhaft befolgt. Daher schliesst sich die Schweiz jenen Staaten an, die gestern mit Nachdruck zur Einhaltung aller OSZE-Wahl-Verpflichtungen - jener vor wie nach der dem Urnengang - aufgerufen haben. Unter den positiven Feststellungen des ODIHR-Chefs soll nicht unbeachtet bleiben, sondern ist zu begrüßen, dass die - meist problematische - Kooperation mit der Parlamentarischen Versammlung bei den sechs Wahlbeobachtungen dieses Jahres erfolgreich verlaufen ist. Abschliessend möchte die Schweiz nicht nur den Organisatoren und Monitoren unseres Treffens in Warschau nochmals für ihre hervorragende Leistung danken. Ein besonderer Dank geht an zwei Persönlichkeiten, die uns nach dem HDIM 2009 verlassen und sicher fehlen werden: Wir wünschen den scheidenden Beauftragten gegen Menschenhandel und für Medienfreiheit, Eva Biaudet und Miklos Haraszti, für ihre weitere Laufbahn alles Gute!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit